Kompendien

für Studium, Praxis und Fortbildung

Kühling | Rasbach | Busch

Energierecht

5. Auflage

Nomos

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

Kompendien

für Studium, Praxis und Fortbildung

Jürgen Kühling | Winfried Rasbach | Claudia Busch

Energierecht

5., überarbeitete und erweiterte Auflage

Nomos

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6192-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0311-6 (ePDF)

5. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

Vorwort

Die Energiegesetzgebung bleibt eine „ewige Reformbaustelle“. Auch wenn das EnWG nach der Generalreform 2011 in der Folgedekade eher in Teilbereichen novelliert wurde, wie zum Ende der 19. Legislaturperiode im Sommer 2021 mit der Umsetzung des Winterpakets der EU und den Vorgaben zur Wasserstoffregulierung, sind die immer wichtiger werdenden energierechtlichen „Nebengesetze“ teils erheblichen Überarbeitungen unterzogen worden. Das gilt zuletzt insbesondere für die grundlegende Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes im Jahr 2021. Zudem treten immer neue „Nebengesetze“ hinzu, wie im Sommer 2016 das Messstellenbetriebsgesetz im Rahmen der Digitalisierung der Energiewende, das seitdem schon mehrfach geändert worden ist. Angesicht der Dringlichkeit der ambitionierten Klimaziele wird dies auch in der neuen Legislaturperiode so bleiben. Dementsprechend ist die Rechtsunsicherheit im Umgang mit den zahlreichen, teils komplexen Normen groß. Die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde trägt durch zahlreiche Leitlinien, Positionspapiere und Festlegungen zur Komplexitätssteigerung dieses Rechtsgebiets bei. Überdies verleitet die politisch „über Nacht“ beschlossene „Energiewende“ immer mehr zur Verwendung wettbewerbsfremder Steuerungsinstrumente, die sich nur schwer mit den ursprünglichen Liberalisierungszielen vertragen. Die durchaus erfolgreiche Schaffung von Wettbewerb wird dadurch gefährdet. Die Einführung von Ausschreibungen im Rahmen der Förderung erneuerbarer Energien ist insoweit nur eine zaghafte „Gegenbewegung“. Vor dem Hintergrund dieser zahlreichen Änderungen musste das vorliegende Buch auch für diese Auflage wieder umfassend überarbeitet werden.

Ziel der vorliegenden Einführung ist es, die Leserschaft durch den komplexen „Normenwust“ zu leiten. Eindrucksvoll lässt sich am Beispiel des Energiewirtschaftsrechts zeigen, dass Liberalisierung und Deregulierung nicht zu einer quantitativen Reduzierung normativer Regelungen führen, sondern im Gegenteil einen Ausbau gesetzlicher Vorgaben erforderlich machen können. Das gilt insbesondere, wenn sie durch eine starke politische Umsteuerung überformt werden wie es im Rahmen der „Energiewende“ der Fall ist. In diesem Buch wird daher ganz bewusst stark an die Normen als textlichem Ausgangsbefund des Regulierungsumfelds angeknüpft. Dementsprechend wird die Lektüre der einschlägigen Normen beim Durchgang durch das vorliegende Werk nachdrücklich empfohlen. Schwerpunkte setzt die Darstellung bei der Zugangs-, Entgelt- und Entflechtungsregulierung als den Zentralelementen zur Förderung von Wettbewerb. Neben knapperen Hinweisen zu den übrigen Regelungsgehalten des EnWG (Genehmigungspflicht und Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen; Energielieferung an Letztverbraucher; Versorgungssicherheit; Planfeststellung, Wegenutzung und Konzessionsabgaben) wird auch das materielle Recht außerhalb des EnWG beleuchtet, das in letzter Zeit an Bedeutung erheblich hinzugewonnen hat (EEG, KWKG). Zudem werden das Zusammenspiel und die Kompetenzen der Regulierungsbehörden sowie die prozessuale Ausgestaltung der Energieordnung dargestellt. Eine kurze Einführung, die neben den ökonomischen und technischen Hintergründen auch die Entwicklung des EnWG zusammenfasst, wurde angesichts des beschränkten Umfangs dieses Buches auf das Notwendigste komprimiert. Sie soll jenen Lesern den Zugriff erleichtern, die nicht über die entsprechenden technischen und ökonomischen Hintergründe verfügen. Schließlich ist das deutsche Energierecht entscheidend durch die unionsrechtlichen Vorgaben geprägt. Gleichwohl beschränkt sich das vorliegende Werk – schon aus Raumgründen – auf die Darstellung des in deutsches Recht umgesetzten Energierechts der Europäischen Union. Im Übrigen ist auf die inzwischen umfangreiche

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

Literatur zu den unionsrechtlichen Vorgaben zu verweisen. Rechtsprechung und Literatur sind dabei grundsätzlich bis zum 30. Juni 2021 berücksichtigt. Im Einzelfall konnten noch spätere Publikationen eingearbeitet werden. Die Gesetzeslage befindet sich auf dem Stand von Ende Juli 2021. So konnte insbesondere das „Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht vom 16. Juli 2021“ umfassend berücksichtigt werden. Es ist am 26. Juli 2021 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und in wesentlichen Teilen am Tag danach in Kraft getreten. Es enthält teils umfangreiche Änderungen im EnWG.

Das vorliegende Buch richtet sich nicht nur an Juristen, die in Wissenschaft und Praxis mit energierechtlichen Fragen zu tun haben, seien es Wissenschaftler, Unternehmensjuristen, Angehörige von Regulierungsbehörden, Richter oder Anwälte. Auch Vertreter anderer Disziplinen wie Betriebswirte oder Techniker, die sich einen Überblick über das regulatorische Umfeld verschaffen wollen, sollen sich angesprochen fühlen. Dabei soll gerade Berufseinsteigern, die zum ersten Mal mit energierechtlichen Fragen konfrontiert sind, eine Hilfe an die Hand gegeben werden.

Die Autoren danken ganz besonders *Marlene Elsa Wagner*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Kühling. Sie war insbesondere eine wichtige Unterstützung bei der notwendigen, teils umfangreichen, Aktualisierungs- und Ergänzungsarbeit an dem Manuskript und bei der Zusammenführung der verschiedenen Teile des Buches. Gerade auf der „Zielgeraden“ der Korrekturlektüre hat sodann der Wissenschaftliche Mitarbeiter *Moritz Litterst* am Lehrstuhl den unermüdlichen Einsatz der studentische Hilfskräfte hervorragend koordiniert. Ihm und den studentischen Hilfskräften *Adrian Fieweger*, *Anna-Lena Hausleitner*, *Karima-Felicitas Henß*, *Melissa Mahmoud*, *Elina Mayer*, *Anastasia Paul*, *Carlotta-Giulia Schäfer*, *Antonia Schöne* und *Gregor Schwerda* sei für die hilfreiche Korrekturarbeit herzlich gedankt. Ein herzlicher Dank für die Hilfe bei der Korrektur gilt ebenfalls Frau *Marie-Christine Vollmer*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei GSK Stockmann.

Regensburg und München, im Oktober 2021

Jürgen Kühling, Winfried Rasbach und Claudia Busch

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Grundlagen des Energierechts 17

A. Grundlagen der Regulierung von Netzindustrien und Aufbau des Buches 17
B. Energiebegriff, Märkte und Ebenen 20
C. Entwicklung der Energieordnung 22
D. Technischer Hintergrund 42

2. Kapitel: Genehmigungs- und Anzeigepflicht – Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen 50

A. Vorbemerkung 50
B. Genehmigungspflicht der Aufnahme des Betriebs eines Energieversorgungsnetzes 51
I. Allgemeines 51
II. Rechtscharakter der Genehmigung 52
III. Grundtatbestand der Genehmigungspflicht 52
IV. Genehmigungsversagungsgründe 53
V. Höchstpersönlichkeit der Genehmigung 54
VI. Zuständigkeit – Aufhebung – Sanktionen – Untersagung – Rechtsschutz 55
C. Anzeigepflicht der Tätigkeit der Energiebelieferung 55
D. Aufgaben 57
I. Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen (§ 2 EnWG) 57
II. Aufgaben der Netzbetreiber 57
1. Betrieb von Energieversorgungsnetzen (§ 11 EnWG) 58
2. Netzausbaupflichten 59
a) Netzausbaupflicht Übertragungsnetz Onshore und Offshore 62
b) Netzausbaupflicht Fernleitungsnetz, Berichtspflicht Wasserstoffnetz 65
c) Netzausbaupflicht Verteilernetze 66
3. Aufgaben der Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen 68
4. Systemverantwortung der Betreiber von Übertragungsnetzen 71
5. Aufgaben der Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen 79
6. Aufgaben der Betreiber von Fernleitungsnetzen (§ 15 EnWG) 81
7. Systemverantwortung der Betreiber von Fernleitungsnetzen (§ 16 EnWG) 81
8. Aufgaben und Systemverantwortung der Gasverteilernetzbetreiber (§§ 16a, 14b EnWG) 81
III. Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen 82

3. Kapitel: Netzanschluss und Netzzugang 84

A. Zugangsregulierung als Herzstück einer wettbewerblichen Energiewirtschaft 84

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

B. Anschlussbereitstellung, Anschlussnutzung und Netzzugang bei Strom- und Gasnetzen 85
C. Netzanschluss 86
I. Netzanschluss (§ 17 EnWG) 86
1. Berechtigte und Verpflichtete des Anschlussanspruchs 86
2. Anspruchsinhalt 86
a) Umfassender Anschlussanspruch 86
b) Angemessenheit 87
c) Diskriminierungsfreiheit 87
d) Transparenz 88
e) Durchsetzbarkeit 88
f) Sonderfall: Anschluss von Offshore-Windparks 88
g) Sonderfall: Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie 91
3. Anschlussverweigerung 91
4. Ausnahme von der Netzanschlussverpflichtung für geschlossene Verteilernetze gemäß § 110 EnWG 94
5. Anschluss von Elektrizitätserzeugungsanlagen nach der Kraftwerks-Netzanschlussverordnung 96
a) Anwendungsbereich der KraftNAV und ihr Verhältnis zu § 17 EnWG 97
b) Einheitliches Netzanschlussverfahren 97
c) Anschlusskonkurrenz 98
d) Konkretisierung der Anschlussverweigerungsgründe 99
e) Kostentragung 99
f) Privilegierung neuer Erzeugungsanlagen bei Netzengpässen 100
II. Anschluss von Wasserstoffnetzen 100
III. Anschluss von Biogas- und LNG-Anlagen nach der GasNZV 100
IV. Allgemeine Anschlusspflicht (§ 18 EnWG) 102
V. Technische Vorschriften 105
D. Netzzugang 106
I. Zugang zu den Elektrizitätsversorgungsnetzen 106
1. Vertragliche Ausgestaltung: Netznutzungsvertrag – Lieferantenrahmenvertrag – Bilanzkreisvertrag 106
2. Netzzugangsanspruch und seine Durchsetzung 109
3. Inhalt des Zugangsanspruchs und sonstige Verpflichtungen 110
a) Entbündelung 110
b) Diskriminierungsfreiheit und Standardisierung der Lastprofile 111
c) Angemessenheit und Lieferantenwechsel 111
d) Transparenzpflicht 112
e) Zusammenarbeitspflichten 113
f) Haftung 113
g) Messeinrichtungen 114
4. Zugangsbeschränkungen – insbesondere das Problem des Kapazitätsengpasses 116
5. Zugang zu grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen 117
6. Bilanzkreismanagement 119
7. Regelenergie 120
8. Verordnungsermächtigung 122

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

II. Zugang zu Gasversorgungsnetzen 122
1. Zugang im Strom- und Gasbereich – Gemeinsamkeiten und Unterschiede 122
2. Entry-Exit-System 122
3. Inhalt der Kooperationsvereinbarung 125
4. Vertragsanbahnung und Verträge im Außenverhältnis 126
a) Vertragsanbahnung 126
b) Einspeisevertrag 127
c) Ausspeisevertrag 127
d) Bilanzkreisvertrag 127
5. Vereinbarungen der Netzbetreiber im Innenverhältnis 128
a) Interne Bestellung 128
b) Abrechnung zwischen den Netzbetreibern/Kosten- und Entgeltwälzung 128
c) Netzkopplungsvertrag 129
6. Veröffentlichungs- und Informationspflichten 129
7. Netzzugangsanspruch und seine Durchsetzung 130
8. Inhalt des Zugangsanspruchs 130
9. Netzzugangsverweigerung 132
a) Netzzugangsverweigerung wegen unbedingter Zahlungsverpflichtungen 132
b) Netzzugangsverweigerung wegen Kapazitätsengpasses und Engpassmanagement 134
10. Befreiung vom Zugangsregime 136
a) Befreiung neuer Infrastrukturen vom Zugangsregime 136
b) Befreiung von Bestandsleitungen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten 137
11. Bilanzkreismanagement 138
12. Flexibilitätsdienstleistungen 139
13. Verordnungsermächtigung 140
III. Zugang zu Wasserstoffnetzen 140

4. Kapitel: Netzzugangsentgeltregulierung 143

A. Einführung 143
I. Funktion der Entgeltregulierung 143
II. Abgrenzung von der Regulierung der Endkundenentgelte 143
III. Unionsrechtliche Vorgaben für die Netzzugangsentgeltregulierung 144

B. Vorgaben des EnWG zur Bildung der Netzentgelte 146
I. Vorgaben des § 21 Abs. 1 EnWG 146
1. Angemessenheit 147
2. Diskriminierungsfreiheit 147
3. Transparenz 147
II. Entgeltmaßstäbe des § 21 Abs. 2 EnWG 148
1. Effizienzkostenorientierung 148
2. Angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals 149
3. Kalkulationsmodell 150
III. Vorgaben des § 21a EnWG 150
IV. Sonderregelung des § 28o EnWG für Wasserstoffnetze 150

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

C. Anreizregulierung 151
I. Allgemeines 152
II. Bestimmung der Erlösobergrenzen 152
1. Ausgangsniveau 153
a) Kostenprüfung nach StromNEV/GasNEV 153
b) „Einmaleffekte“ 157
c) Kapitalkostenabzug 157
2. Allgemeine Geldwertentwicklung 158
3. Genereller sektoraler Produktivitätsfaktor 158
4. Beeinflussbare und nicht beeinflussbare Kostenanteile 159
5. Unternehmensindividueller Effizienzwert 161
6. Sondervorschriften für den Effizienzvergleich von Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreibern 163
7. Vereinfachtes Verfahren 163
8. Qualitätsvorgaben 164
9. Forschungs- und Entwicklungskosten 164
10. Regulierungskonto 165
11. Anpassung der Erlösobergrenze 165
12. Investitionsmaßnahmen 166
13. Netzübergang 167
III. Bildung der Netzentgelte 168
1. Kostenstellenrechnung 168
2. Kostenträgerrechnung 168
a) GasNEV 168
b) StromNEV 169

5. Kapitel: Entflechtung 173

A. Zielrichtung der Entflechtungsvorschriften 174

B. Verschiedene Erscheinungsformen der Entflechtung 175
I. Buchhalterische Entflechtung 176
II. Informationelle Entflechtung 176
III. Organisatorische Entflechtung 176
IV. Gesellschaftsrechtliche Entflechtung 177
V. Eigentumsrechtliche Entflechtung 177

C. Anwendungsbereich der Entflechtungsvorschriften 177

D. Buchhalterische Entflechtung 179
I. Getrennte Kontenführung für die Netzbereiche 180
II. Kontenführung außerhalb der Netzbereiche 181
III. Möglichkeit der Schlüsselung 182
IV. Veröffentlichung und Überprüfung 182

E. Informationelle Entflechtung 183
I. Verbot der Weitergabe von wirtschaftlich sensiblen Informationen (§ 6a Abs. 1 EnWG) 183
1. „Erlangte Informationen“ 184
2. Wahrung der Vertraulichkeit 184
3. Gesetzliche Offenbarungspflichten 185

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

II. Verbot der diskriminierenden Weitergabe von Informationen die eigene Tätigkeit betreffend (§ 6a Abs. 2 EnWG) 186
1. „Eigene Informationen“ 186
2. Diskriminierungsfreie Offenlegung 186

F. Gesellschaftsrechtlich-organisatorische Entflechtung 187

I. Befreiung der De-minimis-Unternehmen 188
II. Rechtliche Entflechtung von Verteilernetzbetreibern 189
III. Organisatorische Entflechtung von Verteilernetzbetreibern 190
1. Personelle Entflechtungsanforderungen des § 7a Abs. 2 EnWG 190
a) Verbot der Doppelzuständigkeit auf Leitungsebene 190
b) Verbot der Doppelzuständigkeit für Personen mit Letztentscheidungsbefugnissen in besonders diskriminierungsrelevanten Bereichen 191
c) Fachliche Weisungsbefugnis des Netzbetreibers bei sonstigen Tätigkeiten des Netzbetriebs 191
d) Zulässigkeit sog. „Shared Services“ 192
2. Berufliche Handlungsunabhängigkeit der Leitungsebene (§ 7a Abs. 3 EnWG) 192
3. Gewährleistung tatsächlicher Entscheidungsbefugnisse (§ 7a Abs. 4 EnWG) 193
4. Gleichbehandlungsprogramm (§ 7a Abs. 5 EnWG) 194
5. Getrennte Markenpolitik (§ 7a Abs. 6 EnWG) 195
IV. Entsprechende Anwendung auf bestimmte Gasspeicheranlagenbetreiber und Transportnetzeigentümer 197

G. Eigentumsrechtliche Entflechtung von Transportnetzbetreibern 197

I. Eigentumsrechtliche Entflechtung 198
1. Begriff des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens 199
2. Ausstattung des Transportnetzbetreibers 199
a) Netzeigentum 199
b) Ausreichende sonstige Mittel 200
3. Verbot gleichzeitiger Kontrolle bzw. Rechteausübung 200
II. Unabhängiger Systembetreiber 201
III. Unabhängiger Transportnetzbetreiber 202
1. Ausstattung des unabhängigen Transportnetzbetreibers 203
2. Rechte und Pflichten des unabhängigen Transportnetzbetreibers 205
3. Unabhängigkeit des Personals des unabhängigen Transportnetzbetreibers 206
4. Aufsichtsrat des unabhängigen Transportnetzbetreibers 208
5. Gleichbehandlungsprogramm 209
IV. Zertifizierung 209

H. Entflechtung von Wasserstoffnetzen 210

I. Buchhalterische Entflechtung 210
II. Informationelle Entflechtung 211
III. Organisatorische Entflechtung 211

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

6. Kapitel: Energielieferung an Letztverbraucher 213

A. Grund- und Ersatzversorgung 213
I. Grundversorgungspflicht nach den §§ 36, 37 EnWG 214
1. Feststellung des Grundversorgers 214
2. Pflichten des Grundversorgers 216
a) Versorgung zu den allgemeinen Bedingungen der StromGVV bzw. GasGVV 217
b) Versorgung zu allgemeinen Preisen 219
II. Ersatzversorgung nach § 38 EnWG 220

B. Grundzüge des Energieliefervertrags 221
I. Rechtsnatur und Form des Energieliefervertrags 222
II. Parteien eines Energieliefervertrags 223
III. Inhalt des Energieliefervertrags 224
1. Vorgaben der §§ 40 ff. EnWG 225
a) Vorgaben für Energielieferverträge mit Letztverbrauchern 225
b) Lastvariable, tageszeitabhängige und dynamische Tarife 227
c) Sonderregelungen für Energielieferverträge mit Haushaltskunden außerhalb der Grundversorgung 227
d) Zertifizierte Vergleichsportale 228
e) Verträge über die Lieferung von „Mieterstrom“ 228
2. Einbeziehung von AGB / StromGVV / GasGVV 229
IV. Verschiedene Arten von Energielieferverträgen 229
1. „All-inclusive-Verträge“ 229
2. Ökostrom-Produkte 230
3. „Offene Lieferverträge“ und „Programm- und Bandlieferungen“ 230
4. Reservelieferung 230
V. Energielieferantenwechsel nach § 20a EnWG 231

C. Rechnungsstellung für Energielieferungen gemäß den §§ 40 ff. EnWG 231

D. Zivilrechtliche Preiskontrolle 233

E. Stromkennzeichnung nach § 42 EnWG 234

7. Kapitel: Versorgungssicherheit 236

A. Einleitung 236

B. Vorgaben zur Erhaltung der Sicherheit und Zuverlässigkeit der Energieversorgung 238
I. Anforderungen an die Errichtung und Erhaltung von Energieanlagen 238
II. Vorratshaltung zur Sicherung der Energieversorgung 240
III. Monitoring der Versorgungssicherheit und des Lastmanagements 240
IV. Meldepflicht der Versorgungsnetzbetreiber 242
V. Möglichkeit der Ausschreibung neuer Erzeugungskapazitäten und von Energieeffizienz- und Nachfragesteuerungsmaßnahmen im Elektrizitätsbereich 242
VI. Versorgung der Haushaltskunden mit Erdgas 243
VII. Grundversorgungspflicht als Teil der Versorgungssicherheit 244

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

8. Kapitel: Planfeststellung, Wegenutzung und Konzessionen 246

A. Energierechtliche Planfeststellung 246
I. Erfordernis der Planfeststellung 247
II. Planfeststellungsverfahren 250
III. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen 251
IV. Geltungsdauer, Rechtsschutz und Überwachung 253

B. Benutzung privater Grundstücke 253
I. Maßnahmen zur Vorbereitung von Planung und Baudurchführung sowie vorzeitiger Baubeginn 253
II. Veränderungssperre 255
III. Zulässigkeit der Enteignung 255
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben 257

C. Nutzung öffentlicher Verkehrswege – Wegenutzungsvertrag und Konzessionsvertrag 258
I. Kontrahierungszwang 259
II. Konzessionsabgaben 260
III. Vertragslaufzeit und Wechsel des Konzessionärs 261
IV. Diskriminierungsverbot 268
V. Rechtsweg 269

9. Kapitel: Materielles Energierecht außerhalb des EnWG 274

A. Erneuerbare Energien 274
I. Anschluss-, Abnahme- und Übertragungspflicht 277
II. Vergütungspflicht 281
III. Einspeisevergütung 282
IV. Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien und Marktprämie; Ausschreibungen 282
V. Ausgleichsregelungen 284
VI. Verfassungs- und unionsrechtliche Fragen 285

B. Kraft-Wärme-Kopplung und Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung 288
I. Anschluss- und Abnahmepflicht 289
1. Hocheffiziente KWK-Anlagen 289
2. Netzbetreiber 290
II. Vergütungsregelung 291
III. Nachweispflichten 292
IV. Förderung von Wärme- und Kältenetzen sowie von Wärme- und Kältespeichern 293
V. Belastungsausgleich 293

C. Gebäudeenergiegesetz 294

D. NABEG 295

E. Messstellenbetriebsgesetz 296
I. Messstellenbetrieb 297
II. Messeinrichtungsbezogene Ausstattungspflichten 298
III. Geräteausstattung und Kommunikation 299
IV. Bezüge zum EnWG 300

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

F. Kartellrechtliche Missbrauchskontrolle 301
I. Anwendungsbereich der Norm 302
II. Preis- oder Konditionenmissbrauch auf der Grundlage des Vergleichsmarktkonzepts 302
III. Preismissbrauchsverbot nach dem Gewinnbegrenzungskonzept 303
IV. Berücksichtigungsfähigkeit von Kosten 303
V. Sofortige Vollziehbarkeit kartellbehördlicher Entscheidungen 304

G. Emissionshandelssysteme 304
I. Das EU-Emissionshandelssystem 305
II. Das nationale Emissionshandelssystem 306
1. Grundlegende Funktionsweise der CO2-Bepreisung im nationalen Emissionshandel nach BEHG, BEHV und EBeV 2022 307
2. Anwendungsbereich des BEHG und der darauf basierenden Verordnungen 307
3. Die Pflichten des Verantwortlichen und deren Erfüllung in der Praxis 308

10. Kapitel: Institutionelles Gefüge der Energieaufsicht 314

A. Überblick 314

B. Zuständigkeiten von Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden 315
I. Zuständigkeit als Regulierungsbehörde 315
1. Zuständigkeiten der Landesregulierungsbehörden 315
a) „Kleines“, im Netzbetrieb nur auf ein Bundesland beschränktes Unternehmen 316
b) Sachliche Zuständigkeit gemäß § 54 Abs. 2 Nr. 1–12 EnWG 316
c) Vereinbarung einer „Organleihe“ 317
2. Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde 318
II. Sonstige, der Bundesnetzagentur explizit zugewiesene Aufgaben 319
1. Vollzug des Unionsrechts und Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regulierern 320
2. Berichterstattung gemäß § 63 EnWG 321
3. Auffangzuständigkeit der Bundesnetzagentur 321
III. Zusammenarbeit von Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden 322
IV. Kritik an der fehlenden Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur 323

C. Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) 323

D. Verbleibende Zuständigkeit der Kartellbehörden im Energiesektor 325

E. Sonstige Behördenaufgaben und -zuständigkeiten 327
I. Nach Landesrecht zuständige Behörde 327
II. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 328
III. Monopolkommission 328

F. Exkurs: Schlichtungsstelle für Energie e.V. 329

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

11. Kapitel: Struktur und Aufbau der Bundesnetzagentur 331

A. Stellung der Bundesnetzagentur 331

B. Organe der Bundesnetzagentur 332

I. Präsident 332
II. Beschlusskammern 333

C. Sonstige Gremien 334

I. Beirat 334
II. Länderausschuss 335
III. Wissenschaftliche Beratung 335

D. Organisatorischer Aufbau der Bundesnetzagentur 335

12. Kapitel: Behördliches und gerichtliches Verfahren 337

A. Verfahren vor den Regulierungsbehörden 337

I. Allgemeines Aufsichtsverfahren gemäß § 65 EnWG 337
1. Einleitung und Gang des Verfahrens 338
a) Beteiligte am Verfahren 339
b) Anhörung und mündliche Verhandlung 341
2. Ermittlungsbefugnisse der Regulierungsbehörde 342
a) Auskunftsverlangen 342
b) Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse 343
c) Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft 344
3. Verfahrensabschluss 344
a) Vorläufige Anordnungen 344
b) Begründung und Zustellung der endgültigen Entscheidung 345
c) Kosten 345
II. Besondere Befugnisse und Verfahrensregelungen im Rahmen der Zugangs- und Entgeltregulierung 345
1. Verfahren zur Festlegung und Genehmigung (§ 29 EnWG) 346
2. Missbräuchliches Verhalten eines Netzbetreibers (§ 30 EnWG) 346
3. Besonderes Missbrauchsverfahren der Regulierungsbehörde (§ 31 EnWG) 347
4. Unterlassungsanspruch, Schadensersatzpflicht (§ 32 EnWG) 348
5. Vorteilsabschöpfung (§ 33 EnWG) 348
III. Sanktionen und Bußgeldverfahren 349
1. Vollstreckung 349
2. Bußgeld 349

B. Gerichtsverfahren 350

I. Beschwerde 350
II. Rechtsbeschwerde (§§ 86 ff. EnWG) 352
III. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten 352

Stichwortverzeichnis 357

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-6192-0

1. Kapitel: Grundlagen des Energierechts

A. Grundlagen der Regulierung von Netzindustrien und Aufbau des Buches

Die Liberalisierung der Netzwirtschaften und der damit einhergehende Wandel der sektorspezifischen Regulierung haben in den letzten beiden Dekaden zu einer schrittweisen und erfolgreichen Annäherung an Wettbewerbsverhältnisse geführt.[1] Dazu haben maßgeblich europarechtliche **Liberalisierungsimpulse** beigetragen. Sie drängen zu einer umfassenden Öffnung der Netzwirtschaften gegenüber einem freien Wettbewerb. Dabei wurde aber schon früh erkannt, dass sich ein Systemwechsel nicht darauf beschränken kann, (Gebiets-)Monopole in der (Energie-)Wirtschaft abzuschaffen, die ehemaligen Monopolisten also einfach in den Wettbewerb zu entlassen und im Übrigen auf den Markt zu vertrauen. Vielmehr muss das Regelungskorsett eine weit anspruchsvollere Struktur aufweisen. Es hat im Kern drei gehaltvolle Ziele zu verfolgen:[2] die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs (§ 1 Abs. 2 EnWG; mit der Folge der Preisgünstigkeit, Effizienz und der Verbraucherfreundlichkeit i.S.d. § 1 Abs. 1 EnWG), die Bereitstellung bestimmter Güter im Markt (also die Versorgungssicherheit in der Energiewirtschaft; § 1 Abs. 1 und Abs. 2 EnWG) und die Gefahrenabwehr. Hinzu kommt in der Energiewirtschaft nach der Zweckformulierung des § 1 Abs. 1 EnWG noch die Umweltverträglichkeit, die seit dem erneuten Atomausstieg im Rahmen der **Energiewende**, der im Sommer 2011 vom Bundestag beschlossen wurde, durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der dazu notwendigen Netzinfrastruktur erreicht werden soll (§ 1 Abs. 1 EnWG). Durch die zunehmend verschärften Klimaschutzziele, zuletzt infolge der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, werden die diesbezüglichen Teilziele zur Gewährleistung der Umweltverträglichkeit immer ambitionierter und prägen das Energierecht mit immer größerem Nachdruck.[3] Um den Zweck des § 1 Abs. 1 EnWG im weiterentwickelten „Strommarkt 2.0“ zu erreichen, wurden durch das Strommarktgesetz die Ziele der wettbewerblichen Preisbildung (§ 1 Abs. 4 Nr. 1 EnWG), des marktlichen Ausgleichs des Angebot-Nachfrage-Verhältnisses (§ 1 Abs. 4 Nr. 2 EnWG), der Einsatz von Flexibilitätsoptionen (§ 1 Abs. 4 Nr. 3 EnWG) sowie der Stärkung des Elektrizitätsbinnenmarktes (§ 1 Abs. 4 Nr. 4 EnWG) erstmals ausdrücklich formuliert. Damit zeigt sich schon am Zielkatalog die Komplexität der regulatorischen Steuerung in der Energiewirtschaft, die durch die sogenannte „Energiewende“ noch einmal deutlich zugenommen hat. Aufgrund der zahlreichen hoheitlichen Interventionen hat sich die Energieordnung in den vergangenen Jahren immer mehr von einer rein marktlichen Organisation entfernt. Ein Entfernen vom Marktmodell bewirkt insbesondere die massive Förderung erneuerbarer Energien, auch wenn die jüngeren Novellen versuchen, gegenläufige Impulse zu setzen. **1**

Soll das erste Ziel eines **unverfälschten Wettbewerbs** verwirklicht werden, müssen die Marktneulinge eine echte Marktzutrittschance erhalten, die über die Möglichkeit einer Marktzutrittserlaubnis und den gegebenenfalls erforderlichen Zugang zum Netz hinausreicht (dazu Kap. 2 und 8). Daher muss der Wettbewerb nicht bloß geschützt, **2**

1 Hierzu und zum Folgenden *Kühling*, Sektorspezifische Regulierung in den Netzwirtschaften, 2004, S. 1 ff.
2 So am Beispiel des Telekommunikationsrechts *Ruffert*, AöR 1999, 237 (246 ff.).
3 Vgl. BVerfG Beschl. v. 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18 u.a.; s. auch *Frenz,* DVBl 2021, 808 ff.; *Verheyen*, ZRP 2021, 133 ff.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.